

szntag

Quelle: sz-online/Sächsische Zeitung
Dienstag, 29. März 2011

„Keinem Mitarbeiter soll etwas weggenommen werden“ Bürgermeister Detlef Sittel plant die Fusion der Krankenhäuser Friedrichstadt und Neustadt zu einer GmbH. Im SZ-Gespräch erklärt er die Folgen für die Beschäftigten.

Nach Millionenverlusten der zwei städtischen Krankenhäuser Friedrichstadt und Neustadt will Ordnungsbürgermeister Detlef Sittel (CDU) dem Stadtrat die Fusion zu einer GmbH vorschlagen.

Herr Sittel, die Kliniken machen Millionenverluste. Welche Konsequenzen ziehen Sie?

Wir müssen über grundsätzliche Veränderungen nachdenken. Dazu gehören auch größere Investitionen. Ich gebe ihnen ein Beispiel: Es wird gerade geprüft, ob ein Operationsroboter angeschafft werden sollte. Das ist eine Investition im Millionenbereich. Medizinisch würde sie Sinn machen. Sie verkürzt die Operationsdauer und minimiert für die Patienten den Eingriff. Jetzt müssen wir für so eine Investition aber auch prüfen, ob sie sich wirtschaftlich lohnt, also ob sie sich durch die Zahl der Operationen und die gewonnene Arbeitszeit beim Personal rechnet. So eine Investition können sie als Träger nur für einen Standort realisieren. Aber der Roboter muss von beiden genutzt werden. Das funktioniert am besten unter einem Dach.

Welches Dach wäre das?

Die Finanzierung solcher Investitionen erleichtert eine privatrechtliche GmbH-Struktur erheblich. Denn dann kann die Anschaffung über Kredite finanziert werden. Die heutigen Eigenbetriebe können kein Geld am Kapitalmarkt aufnehmen, weil sie dem Schuldenverbot der Stadt unterliegen. Für die GmbH-Struktur gibt es aus meiner Sicht zwei Varianten: Wir machen aus zwei Eigenbetrieben zwei GmbHs mit einer einheitlichen Leitung. Oder wir schaffen eine GmbH mit einer gemeinsamen kaufmännischen und ärztlichen Leitung und darunter zwei Hausleitungen.

Welches Modell ist Ihr Favorit?

Ich gebe der Variante einer gemeinnützigen GmbH den Vorzug, in der beide Häuser mit ihren fünf Standorten zusammengeführt werden. Diese braucht dann einen Kaufmann und einen hauptamtlichen Mediziner in der Leitung. Ich will kein Leitungsmodell schaffen, das einen Wasserkopf bedeutet.

Bei diesem Modell fürchten die Mitarbeiter schlechtere Bezahlung, Personalabbau und Gewinnmaximierung auf Kosten von Patienten und Personal.

Ich kenne diese Ängste, aber aus meiner Sicht sind diese unbegründet. Aus meiner Sicht müssen Krankenhäuser zwingend Gewinne machen. Das Geld muss dann den Häusern für Investitionen zur Verfügung stehen und nicht zum Ausgleich von Verlusten der Vorjahre verbraucht werden. Neben Investitionen kann das Geld auch in Rücklagen fließen, die als Gewinnbeteiligung an die Mitarbeiter gehen. Das geht im Eigenbetrieb nicht.

Zuerst wollen die Mitarbeiter ihren Tarif des öffentlichen Dienstes retten und sie fürchten eine Tariffucht. Bekennen Sie sich zum Tarif?

Ich gebe ein ganz klares Bekenntnis gegen Tariffucht ab und ich bekenne mich zur Tarifzugehörigkeit. Keinem Mitarbeiter soll etwas weggenommen werden. Um diese Ängste zu beruhigen, schlage ich für die

Umwandlung in eine GmbH einen Überleitungstarifvertrag vor, in dem der Tarif festgeschrieben wird. Darin können auch feste Personalquoten als Signal gegen die Angst vor Personalabbau, Übernahmeverpflichtungen, Einstellungskorridore und vieles mehr fixiert werden. Das wird mit den Gewerkschaften verhandelt, da sitzen die Personalvertreter mit am Tisch. Ich will auch keinen Zwei-Klassen-Tarif zulassen. Eine neu eingestellte Krankenschwester soll nicht schlechter eingestuft werden können als eine langjährige Krankenschwester. In der besseren Bezahlung sehe ich in der wachsenden Personalnot einen Standortvorteil für die städtischen Häuser.

Es bleibt die Angst vor Stellenabbau und Mehrarbeit zulasten der Patienten.

Was das Personal des medizinischen Kerngeschäfts angeht, also Ärzte, Pflegepersonal oder technisches Medizinpersonal ist Stellenabbau undenkbar. Dresden wächst und die Einwohner werden älter. Das Patientenaufkommen steigt also deutlich. Wir werden also eher Personal hinzugewinnen.

Was ist mit den anderen Bereichen, der schon privatisierte Servicebereich zum Beispiel?

Ich schlage dem Stadtrat vor, eine Servicegesellschaft als Tochter der Krankenhaus-gGmbH zu gründen. In diese möchte ich die ausgegliederten Dienstleistungen Essenversorgung, Wäscherei und Reinigung zurückholen. Dort werden sie weniger verdienen als beim Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, aber sicher besser als bei ihren heutigen privaten Arbeitgebern.

Die Personalräte sehen den runden Tisch zur Krankenhaus-Reform als gescheitert an.

Das würde ich so nicht formulieren. Die Lenkungsgruppe hat nicht das geschafft, was ich mir gewünscht hätte, aber sie ist nicht gescheitert. Sie hat verschiedene Beteiligte - Direktorien, Stadträte, Personalräte - einbezogen.

Was haben Sie am runden Tisch erreicht?

Die AG medizinische Kooperation hat einen Bericht zur besseren medizinischen Zusammenarbeit beider Krankenhäuser erarbeitet, aus dem hervorgeht, welche Bereiche man zwingend an beiden Häusern anbieten muss und wo man Profile verschieben kann. Das ist für mich ein Erfolg und das Papier hat auch in der Lenkungsgruppe bei allen Beteiligten einen Konsens erzielt.

Welche Bereiche wollen Sie ausbauen und welche schließen?

Wir wollen keine medizinischen Bereiche schließen. Es geht hierum einzelne Spezialisierungen. Wir müssen den gesamten Dresdner Klinik-Markt betrachten. Wir stehen in Konkurrenz, zum Beispiel zur Uniklinik.

Es wird bereits ein Bürgerbegehren gegen Ihre Pläne angekündigt. Fürchten Sie diese Auseinandersetzung?

Ich möchte die Mitarbeiter davon überzeugen, dass der Weg der Richtige ist und ihnen mit dem Überleitungstarifvertrag ihre Sorgen nehmen. Dann ist aus meiner Sicht ein Bürgerbegehren überflüssig.

Bis wann soll die Umwandlung vollzogen sein?

Zuerst muss der Stadtrat eine Entscheidung treffen. Ich hoffe, das gelingt noch vor der Sommerpause. Wenn der Stadtrat noch eine Tiefenuntersuchung beauftragt, wird es deutlich länger dauern. Stimmt er dem Vorschlag zu, halte ich die GmbH-Gründung zum 1. Januar 2012 für realistisch.

Es bleibt die Angst, dass die GmbH-Struktur die Vorstufe zum Totalverkauf ist.

Das schließe ich mit aller Deutlichkeit aus. Auch die Oberbürgermeisterin hat sich zur kommunalen Trägerschaft bekannt. Mit uns wird es keine Privatisierung der städtischen Krankenhäuser geben.

Gespräch: Denni Klein

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2725398>

Google Analytics
INFOnline